

Stand: 24.12.2025 16:28:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29331

"Nachtragshaushalt 2023: "Junges Wohnen" und 29-Euro-Ticket für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29331 vom 13.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29404 vom 14.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Nachtragshaushalt 2023: „Junges Wohnen“ und 29-Euro-Ticket für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2023 zuzuleiten. Der Nachtragshaushalt 2023 soll zügig verabschiedet werden, um baldmöglichst in Kraft treten und noch im Herbst 2023 landesweit wirksam werden zu können. Der Gesetzentwurf soll dem Wohnungsbau und dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) dienen, die folgenden Maßnahmen umfassen sowie die dafür erforderlichen Mittel ausweisen:

- Das Förderprogramm „Junges Wohnen“ des Bundes in Höhe von 500 Mio. Euro, mit dem die Länder Wohnraum für junge Studierende und Auszubildende schaffen können, wird auch in Bayern realisiert. Dafür werden die erforderlichen Kofinanzierungsmittel des Freistaates zur Verfügung gestellt. Sie betragen mindestens 30 Prozent der auf Bayern entfallenden Bundesmittel von 77,8 Mio. Euro.
- Die Einführung eines bayernweit im ÖPNV gültigen Monatstickets für jedermann, das zu einem monatlichen Preis in Höhe von 29,00 Euro angeboten wird. Die Mitnahme von eigenen Kindern bis 14 Jahren soll kostenlos möglich sein.

Die zur Finanzierung des Nachtragshaushalts 2023 erforderlichen Mittel sollen aus den überplanmäßigen Steuermehreinnahmen für Bayern in Höhe von rd. 0,4 Mrd. Euro im Jahr 2023 bestritten werden.

Begründung:

Die rasche Verabschiedung des Nachtragshaushalts noch vor der Sommerpause ist wegen der zu Ende gehenden Legislaturperiode unerlässlich und politisch erforderlich, damit die Maßnahmen im Wohnungsbau und beim ÖPNV schnell im Freistaat greifen können.

Die Forderungen im Antragstext sind aus folgenden Gründen geboten:

- Das Sonderprogramm „Junges Wohnen“ ist im Staatshaushalt 2023 nicht erwähnt, eine Kofinanzierung bislang nicht ausgewiesen. Vorgesehen ist im Staatshaushalt 2023, wie bereits in den Vorjahren, ein Rahmen für Neubewilligungen zur Förderung des Studentenwohnraumbaus von 38 Mio. Euro. Erforderlich sind jedoch zusätzliche Landesmittel anlässlich und zur Kofinanzierung des Bundesprogramms von mindestens 23,34 Mio. Euro.

Mit dem Programm „Junges Wohnen“ fördert der Bund die Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 500 Mio. Euro in 2023 zur Verfügung, Bayern erhält nach dem Königsteiner

Schlüssel von diesem Verpflichtungsrahmen 77,8 Mio. Euro. Die Länder ergänzen den Betrag um mindestens 30 Prozent der in Anspruch genommenen Bundesmittel. Die Mittel des Programms „Junges Wohnen“ können für den Aus-, Neu- oder Umbau bzw. die Modernisierung bestehender Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende verwendet werden. Der Programmstart war nach Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung am 24.03.2023.

- Laut Beschluss des bayerischen Kabinetts vom 18. April 2023 wird das Deutschlandticket (49 Euro) für Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende in Bayern ab 1. September für 29 Euro angeboten.
Der öffentliche Verkehr in Bayern soll jedoch für alle erschwinglich sein, weshalb ein bayernweites Monatsticket für den ÖPNV zum Preis von 29 Euro für jedermann gelten sollte. Es kann beispielsweise speziell Familien entlasten, wenn die Mitnahme von eigenen Kindern bis 14 Jahren kostenlos möglich wird.
Der Verkehrssektor gehört zu den größten Verursachern von CO₂-Emissionen. Um dies zu ändern, müssen klimafreundliche Verkehrsmittel gestärkt werden. Dazu gehört neben einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch dessen kostengünstige Verfügbarkeit.

Mit Schreiben vom 11. Mai 2023 informierte der Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker den Landtag über die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung auf den Freistaat. Demnach gibt es im Jahr 2023 gegenüber den im Staatshaushalt ausgewiesenen Steuereinnahmen ein Plus von rd. 0,4 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen steigen damit auf 54,2 Mrd. Euro. Auch in den Jahren 2024 und 2025 ist mit Steuermehreinnahmen von jeweils rd. 0,6 Mrd. Euro über Finanzplan zu rechnen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/29331

Nachtragshaushalt 2023: „Junges Wohnen“ und 29-Euro-Ticket für Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Claudia Köhler

Abg. Sebastian Körber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

**Nachtragshaushalt 2023: "Junges Wohnen" und 29-Euro-Ticket für Bayern
(Drs. 18/29331)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Nachtragshaushalt 2023: Abschieben schafft Wohnraum! Saniert unsere maroden Staatsstraßen! (Drs. 18/29356)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Können Sie sich noch daran erinnern, wie Sie zum ersten Mal in eine Studentebude oder in die erste eigene Wohnung gezogen sind? – Was für ein großartiges Gefühl von Freiheit und Erwachsensein, nicht wahr? Einladen können, wen man will, aufbleiben oder wegbleiben, putzen, wenn man will, solange man will, und stolz wie Bolle, Teil einer WG zu sein oder eine eigene Wohnung zu haben. Junge Leute von heute kennen dieses wunderbare Gefühl oft gar nicht mehr oder nur noch dann, wenn die Eltern bereit oder finanziell in der Lage sind, 800 oder 1.000 Euro für ein winziges WG-Zimmer abzudrücken. Dafür können Sie sich bei der Bayerischen Staatsregierung bedanken; denn die schafft es schon nicht, mit der BayernHeim neue Wohnungen zu bauen, damit sich Familien, Alleinerziehende oder Rentner bzw. Rentnerinnen ein Dach über dem Kopf leisten können.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Obwohl unsere Bundesregierung Bayern 77,8 Millionen Euro zur Verfügung stellt, um das Programm "Junges Wohnen" umzusetzen, schafft es Bayern nicht, Mittel im Haushalt bereitzustellen, um das Programm auch für Azubis und Studierende auf den Weg zu bringen.

Aus diesem Grund fordern wir die Staatsregierung auf, umgehend einen Nachtragshaushalt zu erstellen, in dem auch die geforderte Kofinanzierung ausgewiesen ist, die für den Abruf der Bundesmittel im Programm "Junges Wohnen" Voraussetzung ist. Wenn Sie bereit sind, die geforderten 23,3 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, dann können Sie dieses wunderbare Programm starten und in Bayern allein in diesem Jahr circa 1.000 Appartements für Studierende und Auszubildende bauen oder sanieren. Oder, um es mal in CSU-Zahlen verständlich umzurechnen: 23,3 Millionen Euro ist ungefähr die Hälfte von dem, was Ihre Parteifreundin Andrea Tandler an Provisionen für die Maskendeals erhalten hat.

Uns liegt die Zukunft der jungen Menschen am Herzen, auch wenn wir sie nicht in jedem Bierzelt dazu auffordern, sich fortzupflanzen. Deshalb fordern wir mit Teil zwei unseres Dringlichkeitsantrags, dass es ein bayerisches 29-Euro-Ticket für jeden geben soll; denn mit Ihrer Variante, das 29-Euro-Ticket ab 1. September nur für Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende einführen zu wollen, schließen Sie gleichzeitig eine ganze Reihe von Menschen von günstiger Mobilität aus. Ich denke hierbei auch an Schülerinnen und Schüler. Im Hinblick auf sie scheint sich die Staatsregierung beim Thema vergünstigtes Deutschlandticket selbst nicht einig zu sein. Es gibt noch so viele Unklarheiten, ob und, wenn ja, welche Schülerinnen und Schüler überhaupt davon profitieren werden. Was ist mit den Kindern, die aktuell zu Fuß in die Schule gehen? Was ist mit denen, die nicht in die nächstgelegene Schule gehen? Was ist mit Schülerinnen und Schülern ab der elften Klasse? Das bayerische 29-Euro-Ticket dagegen könnte ganz einfach für jedermann gelten und speziell Familien entlasten; denn die Mitnahme von Kindern bis 14 Jahre soll kostenfrei sein.

Bislang reißt der Kauf von Bustickets und einer Monatskarte immer ein großes Loch in den Geldbeutel von Familien. Mit der Einführung eines bayerischen 29-Euro-Tickets entlasten Sie Familien nicht nur finanziell, sondern Sie schonen auch noch das Klima. Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie unserem Antrag zu, damit Familien, Studierende, Auszubildende und Schulkinder davon profitieren!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, nachdem Sie durch die Unterstützung des unsinnigen Antrags auf Abwahl des Stellvertretenden Ministerpräsidenten dazu beigetragen haben, dass die Redezeiten nahezu vollständig aufgebraucht sind, werde ich jetzt in meiner Zwischenbemerkung den einen notwendigen Satz zu Ihrem Antrag sagen: Einen Nachtragshaushalt in Höhe von 400 Millionen Euro auflegen zu wollen, zeigt ein "tiefgreifendes Verständnis" vom bayerischen Haushaltsrecht. Wenn Sie das Ganze dann noch mit Provisionen von Frau Tandler gegenfinanzieren wollen, dann kann ich diesen Dringlichkeitsantrag als nicht ernst gemeint bezeichnen. Wir werden ihn ablehnen.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Pohl, ich wollte nur mal verdeutlichen, in welcher Größenordnung sich das bewegt. Damit es eine Größenordnung ist, die die CSU umrechnen und verstehen kann, habe ich die Maßeinheit der Frau Tandler bei den Maskendeals genannt.

Uns geht es mit diesem Dringlichkeitsantrag darum, Familien zu entlasten und mit dem 29-Euro-Ticket einfach einmal dafür zu sorgen, dass der On-Demand-Verkehr nicht immer nur die Mütter sind, wenn das Taxi "Mama" angerufen wird.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nachtragshaushalt!)

Das ist nämlich der zuverlässigste On-Demand-Verkehr in Bayern. Das ist nicht das, was wir haben wollen, wenn wir über Familienförderung in diesem Land sprechen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nachtragshaushalt! – Zuruf des Abgeordneten Norbert Dünkel (CSU) – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Themaverfehlung! – Norbert Dünkel (CSU): Das ist ein Großstadtantrag!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist wieder einmal ein Lehrstück roter Finanzpolitik. Kaum zeichnen sich Mehreinnahmen des Staates in Höhe von 400 Millionen Euro ab, sollen die Mittel natürlich gleich wieder verpulvert werden. Die rote Ampel-Partei verwandelt mit ihrem Warburg-Kanzler Scholz und zusammen mit Kinderbuch-Minister Habeck Deutschland vom Industrieland in ein Industriemuseum. Die rote Ampel-Partei arbeitet auf eine neue Masseneinwanderung von Asylforderern im Rahmen der neuen EU-Asylreform und auf ein EU-Vermögensregister und Lastenausgleich hin. Die rote Ampel-Partei arbeitet weiter fleißig an einer den Bürgern verhassten Heizungsdictatur.

Wie immer schreit die SPD in ihrem Antrag nach mehr Subventionen und Umverteilung – mit anderen Worten, nach mehr Sozialismus, diesmal beim ÖPNV. Wie immer wollen Sie für ihre bayernweite Monatskarte alle zahlen lassen, auch die, die sie gar nicht nutzen. Sie wollen Zwang und Planwirtschaft, und Sie arbeiten gegen Freiheit und Marktwirtschaft. Wir als AfD hingegen wollen mehr Markt und mehr Freiheit. Deswegen fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag, die Landesmittel für die dringenden und überfälligen Sanierungen der maroden Staatsstraßen zu verwenden. Der Nachholbedarf von 2 Milliarden Euro ist Ihnen ja wohl bekannt. Sie fummeln nun ein Schnellschusswohnungsbauprogramm zusammen namens "Junges Wohnen" für Stu-

denten. – Problem erkannt. Wir gratulieren Ihnen. Doch wir haben da eine wirtschaftlichere Lösung. Anstatt neuen Wohnraum zu bauen, machen wir Wohnraum frei durch die sofortige und konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer.

(Beifall bei der AfD)

Gegenwärtig halten sich 40.000 von ihnen in Bayern auf, das ist mehr als die Einwohnerzahl von Fürstentum Fürstentum. Unter diesem Heer an Ausreisepflichtigen befinden sich über neun Personen ohne Duldung. Dennoch hat die Staatsregierung im vergangenen Jahr nur 2.000 Personen abgeschoben. Unser Programm lautet: Abschiebung schafft Wohnraum. – Abschiebung senkt die Transferleistungen an unberechtigte Leistungsempfänger. Abschiebungen sorgen für deutlich mehr Sicherheit in unseren Gemeinden, besonders für Frauen und Kinder. Abschiebungen machen Deutschland wieder wettbewerbsfähig und sichern so die Zukunft unseres Landes.

Zeigen Sie doch einmal politische und wirtschaftliche Vernunft. Handeln Sie im Interesse der bayerischen Bürger und stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu!

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde kommen Dringlichkeitsanträge, die irgendwie überhaupt keinen Sinn machen.

Wenn ich mich daran erinnere, welche Diskussionen wir im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr haben, dann muss ich wirklich sagen: Die SPD hat zwei ganz tolle, kompetente Abgeordnete im Ausschuss: Natascha Kohnen und Inge Aures. Wenn jetzt Anträge zu diesen Themen im Plenum gestellt werden, warum, liebe SPD, schickt ihr dann die Abgeordneten mit der größten Ahnungslosigkeit ins Rennen: einmal den Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

und dann die Generalsekretärin, die von dem Themenkomplex auch überhaupt keine Ahnung hat?

(Beifall bei der CSU)

Also, als Erstes wird ein Nachtragshaushalt gefordert, ein paar Wochen vor Ende der Legislaturperiode. So ein Unsinn, wo wir den Haushalt doch gerade erst beschlossen haben. Und warum wird das gefordert? – Damit wir ein Bundesförderprogramm kofinanzieren können. Es ist von 70 Millionen Euro für Bayern die Rede. 30 % Kofinanzierung heißt, wir brauchen ungefähr 38 Millionen Euro. Diese 38 Millionen Euro sind im Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr enthalten. Dafür brauchen wir keinen Nachtrag, das haben wir. Da scheitert keine Kofinanzierung, keine Förderung, das können wir auch so schultern. Das weiß übrigens jeder kleine Bürgermeister, dass er ein paar Gelder in seinem eigenen Haus durchaus verschieben kann. Der Etat des Bauministeriums ist so groß, dass wir das locker schaffen.

Das Zweite ist die Forderung nach einem 29-Euro-Ticket für alle. Das ist so ein Freibier-Antrag, also: Freibier für alle. Nun fordern wir ein 29-Euro-Ticket für alle. Jetzt haben wir ein Deutschlandticket mit 49 Euro. Das ist doch schon einmal ein riesiger Schritt, den Bayern auch mit finanziert. Für Auszubildende und Studenten haben wir das Ticket auf 29 Euro reduziert. Der nächste Gesetzentwurf ist schon in der Pipeline, er ist schon eingereicht, dass nämlich die Familienbelastungsgrenze so gesenkt wird, dass die, die es sich nicht leisten können, maximal 29 Euro für Jugendliche ab der 11. Klasse bezahlen müssen. Also haben wir auch da schon viel erledigt. Der Dringlichkeitsantrag der SPD ist absoluter Quatsch, den werden wir ablehnen.

Dann haben wir den Dringlichkeitsantrag der AfD. 2 Milliarden Euro Sanierungsbedarf bei den Staatsstraßen? – Wenn man richtig rechnet,

(Zuruf von der AfD)

dann haben wir 500 Millionen Euro im Staatsstraßenhaushalt. Im Vorjahreshaushalt waren es 380 Millionen. Jetzt sind es 500 Millionen Euro, so viel wie noch nie.

(Zuruf von der AfD)

Durch diese 500 Millionen Euro schaffen wir es, den Sanierungsstau abzubauen. Da muss man wirklich sagen: Herzlichen Dank an das Finanzministerium und an das Bauministerium und an alle, die mitgeholfen haben, dass wir diesen tollen Etat für die Staatsstraßen auf den Weg bringen.

Nachdem hier alles vermischt wird, wird nun noch beim Wohnungsbau eingebracht: Wenn wir Leute abschieben, dann haben wir mehr Platz.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Da könnte man sagen, da würde einem auch noch die eine oder andere Gruppe einfallen. Wenn man da auch mehr Leute loswerden würde, dann würde das auch Wohnraum schaffen. So ein Unsinn, das eine mit dem anderen aufwiegen zu wollen! Wohnraumförderung ist wichtig. Wohnraum wird auch geschaffen. Der ländliche Raum spielt eine wichtige Rolle. In so einem Sammelsurium-Antrag alles von Wohnraum bis Staatsstraßen zusammenzupacken, das macht keinen Sinn. Wir lehnen auch den AfD-Antrag ab. Ich wünsche noch einen schönen Restabend.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD fordert einen Nachtragshaushalt für das Sonderprogramm "Junges Wohnen" des Bundes und ein 29-Euro-Ticket für alle. Ja, für das Wohnen muss mehr getan werden. Wir brauchen dauerhaft Wohnraum für die Ausbildungszeit für Studierende, für Lernende, für Auszubildende. Wir brauchen neuen Wohnraum, und wir sollten das

über die Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus machen. Für die Abwicklung dieses Bundesprogramms brauchen wir auch ordentliche Richtlinien, damit die Bundesgelder bestmöglich eingesetzt werden. Ja, es ist auch eilig. Aber ob wir das heuer noch schaffen und ob wir dafür extra einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen sollen? – Ehrlich gesagt, wir wären froh, wenn das im Haushalt 2024 berücksichtigt werden würde und wenn der Haushalt 2024 dieses Mal auch vor dem Jahr 2024 aufgestellt werden würde.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da ist die SPD aber vielleicht nicht mehr im Landtag!)

Dann enthält der Antrag noch die Forderung nach einem 29-Euro-Ticket für alle. Da muss ich Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nicht unsere derzeitigen Forderungen. Wir haben auf dem normalen parlamentarischen Weg gerade einen Gesetzentwurf für die Schulwegkostenfreiheit aller Schülerinnen und Schüler eingebracht, um die unsägliche Bürokratie und die teilweisen Ungerechtigkeiten bei der Schulwegkostenfreiheit – das eine Kind bekommt das Ticket ersetzt und das andere nicht – zu beenden. In logischer Konsequenz zu diesem Gesetzentwurf schlagen wir ein kostenloses Deutschlandticket für alle Jugendlichen in Schule und Ausbildung vor. Das ist für Bayern auch finanzierbar. Das seit ewigen Zeiten versprochene 29-Euro-Ticket für Bayern der Bayerischen Staatsregierung – so wie das auch im Koalitionsvertrag steht – ist nicht umgesetzt. Ich behaupte auch, dieses Versprechen wird in dieser Legislatur auch nicht mehr wahr werden. Weil wir hier einen anderen Weg gehen, enthalten wir uns bei dem SPD-Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Herr Kollege Pohl, ich denke, Sie schenken die eine Sekunde Redezeit dem Hause?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, das habe ich vorhin bereits gesagt!)

Ich gebe nun das Wort an Herrn Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich persönlich glaube nicht, dass man für die beiden Punkte einen Nachtragshaushalt erstellen muss. Ich möchte klar sagen: Den ersten Punkt können wir aus unserer Sicht begrüßen. Ob man für eine bayerische Kofinanzierung allerdings extra einen Nachtragshaushalt machen muss, ist fraglich. Nach meiner Meinung wäre es auch möglich, irgendeinen Topf zu finden, aus dem man das Geld nehmen kann.

Den zweiten Punkt kann ich ehrlicherweise nicht ganz nachvollziehen. Wir haben am 1. Mai für ganz Deutschland das Deutschlandticket eingeführt. Damit hat Volker Wissing die größte ÖPNV-Tarifreform eingeführt, die es jemals gegeben hat. Das Besondere daran ist, dass es jetzt ein digitales, ein einfaches, ein bequemes, ein unkompliziertes Ticket gibt. Warum man jetzt eigentlich systemfremd ein neues, zusätzliches Ticket einführen möchte, das heruntersubventioniert sein soll und gar nicht in die Struktur passt, kann ich ehrlicherweise nicht nachvollziehen. Deswegen werden wir uns, wie auch die Kollegen von den GRÜNEN, enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/29331 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Busch. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind Fraktionen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/29356 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Klingen und Bayerbach. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/29332 mit 18/29336 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.